

IKT und internationale Aktienmärkte

Die Wechselwirkungen zwischen den Aktienmärkten in Deutschland, den USA, Großbritannien, Italien und Frankreich haben in den 1990er Jahren erheblich zugenommen. Wesentliche Ursache hierfür ist die außerordentlich rasche Verbreitung von Informationen mit Hilfe der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. Dies zeigt eine aktuelle ZEW-Studie zur Interaktion zwischen internationalen Aktienmärkten.

Gleichzeitige Korrelation internationaler Aktienindizes*

Wechselwirkung zwischen Land A und Land B	Korrelation Jan. 1975 bis Dez. 1998	Korrelation Jan. 1990 bis Dez. 2001
USA – Deutschland	38%	58%
USA – Frankreich	43%	65%
USA – Italien	23%	47%
USA-Großbritannien	58%	71%
Großbritannien – Deutschland	40%	66%
Großbritannien – Frankreich	42%	75%
Großbritannien – Italien	33%	63%
Deutschland – Frankreich	44%	78%
Deutschland – Italien	34%	61%
Frankreich – Italien	50%	69%

Lesehilfe: Ein Anstieg des US-amerikanischen Aktienindex um einen Prozentpunkt führte zwischen 1990 und 2001 zu einer Zunahme des deutschen Aktienindex um durchschnittlich 0,58 Prozent.

* Änderungen der Aktienkurse; auf Basis bivariater GARCH-Modelle

Quelle: ZEW

Die rasante Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in den vergangenen 30 Jahren hat sich auch an den internationalen Kapitalmärkten spürbar ausgewirkt. Informationen über kursrelevante Daten wie zum Beispiel Gewinnveränderungen von Unternehmen und Branchen sowie die Konjunktur- und Zinsentwicklung in einzelnen Ländern finden heute sehr schnell weltweite Verbreitung. Aufgrund der Verwendung der gleichen Technologien lösen diese Informationen praktisch sofort Transaktionen an den internationalen Finanzmärkten aus. Es kommt

hinzu, dass die direkten Transaktionskosten im Laufe der Zeit deutlich gesunken sind, sodass schon relativ geringe Änderungen der Renditeerwartungen ein lohnendes Geschäft sein können. Diese Entwicklungen führen dazu, dass sowohl das weltweite Handelsvolumen an den Finanzmärkten als auch die Volatilität der Kurse erheblich zugenommen haben.

Dass das Geschehen an den Börsen der Welt sich gegenseitig beeinflusst, ist keine neue Erkenntnis. Der „Schwarze Freitag“ in den Zwanzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts belegt dies eben-

so wie der 11. September 2001. Die Frage ist allerdings, ob die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien diese Wechselwirkungen verstärken.

Das ZEW hat untersucht, wie sich die Interaktion zwischen den internationalen Aktienmärkten im Zeitverlauf verändert hat. So wurde der Frage nachgegangen, ob sich die Korrelationen zwischen den monatlichen Kursveränderungen der Aktienindizes seit 1990 signifikant von den Korrelationen davor unterscheiden. Betrachtet wurden die Aktienmärkte von Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien und den USA. Die Ergebnisse sind eindeutig: Die gleichzeitigen Korrelationen zwischen den internationalen Aktienindizes haben signifikant zugenommen. Die Tabelle gibt sowohl die Korrelationen für die Periode von 1975 bis 1989 wieder als auch die Werte für die

In dieser Ausgabe

IKT und internationale Aktienmärkte	1
Internet im Kreditgeschäft	2
Steigert erfolgsabhängige Vergütung die Motivation von Top-Managern?	3
Mehr Wachstum bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft	4
Qualitätsunterschiede sind bei der Studienortwahl ausschlaggebend	5
ZEW-Intern; ZEW-Termine; ZEW-Neuerscheinungen	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

ZEW-Forschungsergebnisse

Periode von 1990 bis 2001. Ein Vergleich der beiden Zeiträume zeigt, dass die Korrelationen erheblich gestiegen sind. So betrug die Korrelation zwischen dem deutschen und dem US-Aktienmarkt in der ersten Periode nur 38 Prozent, in der zweiten Periode dagegen 58 Prozent.

Dieses Resultat gilt in ähnlicher Weise für alle anderen in der Tabelle aufgeführten bilateralen Wechselwirkungen zwischen den Aktienmärkten. Interessant ist, dass zwischen den USA und Großbritannien schon in der ersten Periode eine sehr hohe Korrelation vorlag, die dann noch weiter gestiegen ist und inzwischen 71 Prozent beträgt. Die höchsten Korrelationen bestehen zwischen Großbritannien und Frankreich (75 Prozent) sowie zwischen Deutschland und Frankreich (78 Prozent). Dieser Befund bedeutet, dass

sich eine Zunahme etwa des deutschen Aktienindex Dax um einen Prozentpunkt mit einem Plus von durchschnittlich 0,78 Prozent im französischen Aktienindex niederschlägt. Da es sich bei den ZEW-Berechnungen um gleichzeitige Korrelationen handelt, gilt die Wirkungsrichtung natürlich auch in umgekehrter Richtung von Frankreich nach Deutschland. Außerdem lässt sich nachweisen, dass vom US-Aktienmarkt zusätzlich ein signifikanter Einfluss aus der Vorperiode auf die anderen Aktienmärkte ausgeht.

Die starke Zunahme der Wechselwirkungen zwischen den Aktienmärkten in den betrachteten Ländern bestätigt sich indessen nicht für die internationalen Verflechtungen der Realwirtschaften. Nimmt man das Bruttoinlandsprodukt als Ersatzgröße für die Unternehmensge-

winne, dann lässt sich eine Zunahme der Korrelationen zwischen den einzelnen Länder nicht nachweisen. Es sind aber Zweifel angebracht, ob die an den großen Börsen notierten Unternehmen für die gesamte Volkswirtschaft repräsentativ sind. Wahrscheinlich sind die notierten Unternehmen deutlich stärker international ausgerichtet als der Durchschnitt, so dass ihre Gewinne ebenfalls höher international korreliert sein dürften. Alles in allem legen die Ergebnisse der ZEW-Studie die Vermutung nahe, dass die hohen Korrelationen zwischen den internationalen Aktienmärkten ein Beleg dafür sind, dass sich die Aktienkurse – zumindest teilweise – in den Neunzigerjahren weiter von den volkswirtschaftlichen Fundamentalfaktoren entfernt haben. ◀

Dr. Michael Schröder, schroeder@zew.de

Internet im Kreditgeschäft: Hohes Rationalisierungspotenzial

Eine stärkere Einbindung des Internets in den Kreditvergabeprozess senkt nicht nur Bearbeitungszeit und Kosten. Sie ist für Banken auch notwendig, um im hart umkämpften Kreditgeschäft weiter konkurrenzfähig zu bleiben. Dies sind die wichtigsten Erkenntnisse der ZEW-Studie „Online-Banking im Kreditgeschäft – Entwicklungsstand und Perspektiven des Marktes für Online-Kredite“.

■ Das Internet spielt bei der Kreditvergabe von deutschen Banken gegenwärtig nur eine untergeordnete Rolle. Insbesondere im Firmenkundenbereich sind praktisch keine Angebote vorhanden. Das ZEW hat für die drei unterschiedlichen Kreditarten Konsumenten-, Immobilien-, und Firmenkundenkredite Erhebungen bei Sparkassen, Genossenschaftsbanken, Geschäfts- und Hypothekenbanken durchgeführt.

Die Studie zeigt, dass sich der Kreditvergabeprozess einerseits durch hohe Lauf- und Bearbeitungszeiten auszeichnet. Andererseits scheinen die Kreditinstitute insbesondere bei kleineren Krediten Rentabilitätsprobleme zu haben. Eine stärkere Nutzung des Internets

kann hier vielfach zu Verbesserungen führen. Während im Konsumentenkreditgeschäft aber fast der gesamte Kreditprozess online angeboten werden kann, ist dies im Immobilien- und Firmenkundengeschäft nur in Teilbereichen sinnvoll. Dennoch bietet das Internet auch bei diesen beiden Kreditarten zahlreiche Rationalisierungsmöglichkeiten mit entsprechendem Einsparpotenzial. Der Firmenkundenbetreuer als Berater wird allerdings auch in Zukunft nicht vollkommen zu ersetzen sein.

Die Untersuchung beleuchtet für jede der drei Kreditarten die einzelnen Prozessschritte der Kreditvergabe getrennt für Bestandskunden und Neukunden. Darüber hinaus wird dargestellt, wann

die Integration externer Dienstleister etwa zur Bonitätsbewertung von Unternehmen sinnvoll ist. Speziell im Firmenkundengeschäft wird zusätzlich untersucht, welche Kreditprodukte sich aufgrund ihres Beratungsbedarfs besonders für das Online-Kreditgeschäft eignen und welche nur eingeschränkt. Externe Einflussfaktoren, wie Basel II oder das steigende Kostenbewusstsein der Nachfrager, werden ebenfalls berücksichtigt.

Die ausführliche Studie kann vorab zum Preis von 480 Euro bezogen werden. Interessenten wenden sich bitte an Matthias Meitner, Telefon 0621/1235-371, Email: onlinekredit-studie@zew.de ◀

*Matthias Meitner, meitner@zew.de;
Dr. Peter Westerheide, westerheide@zew.de*

ZEW-Forschungsergebnisse

Steigert erfolgsabhängige Vergütung die Motivation von Top-Managern ?

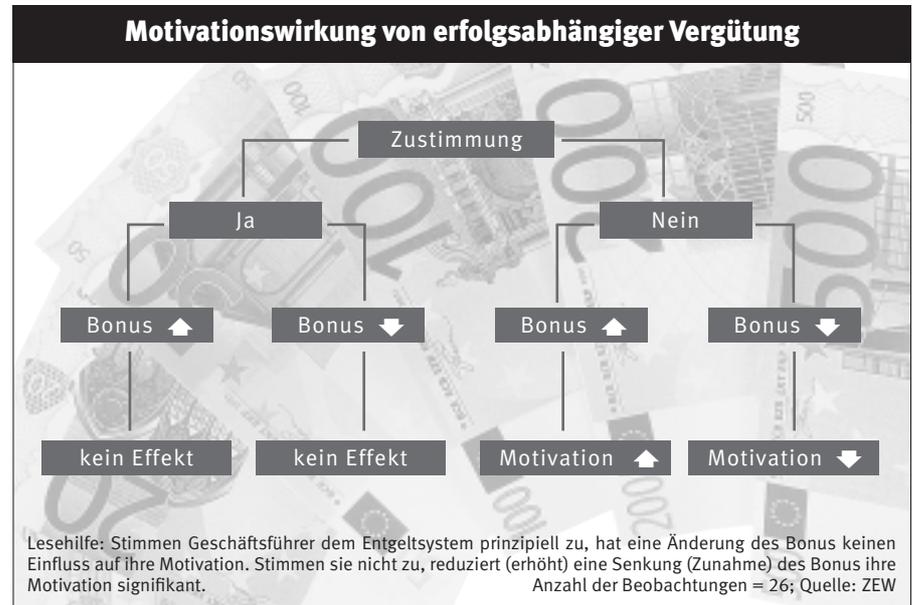
Erfolgsabhängige Vergütung ist eine weit verbreitete Maßnahme, um Führungskräfte zu mehr Leistung anzuregen. Ob eine erfolgs- oder leistungsbezogene Vergütung die Leistungsbereitschaft der Managerinnen und Manager in der Praxis tatsächlich erhöht, hängt jedoch stark von der betrieblichen Ausgestaltung des jeweiligen Entgeltsystems ab. So führt ein hoher erfolgsbezogener Bonus nicht automatisch zu einer höheren Motivation. Wie eine Fallstudie des ZEW zeigt, tragen neben der Auszahlungshöhe auch andere Faktoren zur Anreizwirkung eines erfolgsabhängigen Entgeltsystems bei.

■ In der Studie (ZEW Discussion Paper No. 02-72) werden die Motivations-effekte des erfolgsabhängigen Vergütungssystems eines international agierenden Konzerns analysiert. Hierfür befragte das ZEW die Geschäftsführer des Konzerns mit Hilfe eines standardisierten Fragebogens schriftlich. Anlass der Untersuchung war eine Änderung in der Bezugsbasis und der Berechnungsformel des Vergütungssystems, das aus Grundvergütung und erfolgsabhängigem Bonus besteht.

Verhaltene Reaktion

Die Reaktion der Führungskräfte auf das neue Vergütungssystem ist insgesamt eher verhalten: Weniger als die Hälfte der Top-Manager äußert sich positiv über die neuen Entgeltbedingungen. Die einzelnen Beurteilungen weichen außerdem stark voneinander ab.

Die naheliegende Vermutung, dass eine höhere Auszahlung sich positiv sowohl auf die Zustimmung als auch auf die Motivation niederschlägt, wird zunächst bestätigt. Bei näherer Betrachtung zeigt sich überraschenderweise ein Unterschied in der Motivationswirkung zwischen den Befragten, die dem Vergütungssystem grundsätzlich zustimmen, und jenen, die ihm eher ablehnend gegenüber stehen (siehe Abbildung). Manager, die dem System eher zugeneigt sind, sind im Schnitt stärker motiviert, und zwar unabhängig von der tatsächlichen Höhe der Bonuszahlung. In dieser Gruppe wirkt sich weder bei den Gewinnern noch bei den Verlierern der Neuregelung die kurzfristige Schwankung der variablen Vergütung auf die Motivation



aus. Bei denjenigen, die dem System eher ablehnend gegenüber stehen, ist der Zusammenhang zwischen Bonuszahlung und Motivation stark. Sinkt die Bonuszahlung, verringert sich hierdurch die Leistungsbereitschaft. Bei den Gewinnern in dieser Gruppe steigt die Motivation.

Auch nicht-monetäre Faktoren beeinflussen die Motivation

Die Zustimmung zum Vergütungssystem scheint aber nur eine mögliche Voraussetzung für Motivationssteigerungen darzustellen. Eine weitere wichtige Rolle spielt das mit dem Vergütungssystem verbundene Einkommensrisiko. So sinken Motivation und Zustimmung der Geschäftsführer, wenn sie das Gefühl haben, dass die Berechnungsgrundlage für den Bonus stark schwankt und von Faktoren abhängt, die sie nicht kontrol-

lieren können. Außerdem beeinflussen die Differenz zwischen dem gewünschten variablen Einkommensanteil und dem tatsächlich erhaltenen Anteil sowie die Informationspolitik der Konzernleitung vor und während der Einführung des neuen Vergütungssystems die Zustimmung zum System.

Die Fallstudie zeigt somit, dass verschiedene nicht-monetäre Faktoren die Motivationswirkung, die aus dem Vergütungssystem resultiert, verstärken können. Hierzu zählen die allgemeine Zustimmung zum System, eine stabile Berechnungsgrundlage, das Gefühl, die Auszahlung durch eigene Leistung beeinflussen zu können, und eine gute Informationspolitik des Unternehmens während der Einführungsphase. ◀

Dr. Miriam Beblo, beblo@zew.de;
Dr. Elke Wolf, wolf@zew.de;
Dr. Thomas Zwick, zwick@zew.de

ZEW-Forschungsergebnisse

Mehr Wachstum bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft

Die Umsatzentwicklung im Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft hat sich Ende 2002 stabilisiert. So ist die Jahresumsatzwachstumsrate im vierten Quartal 2002 auf 2,1 Prozent gegenüber noch 1,4 Prozent im Vorquartal gestiegen. Trotzdem sind die Unternehmen des Wirtschaftszweigs immer stärker verunsichert. Besonders im Hinblick auf die zukünftige Nachfrageentwicklung geben sich die Unternehmen pessimistischer als im gesamten bisherigen Jahresverlauf. Dies ist das Ergebnis einer Konjunkturumfrage bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die das ZEW in Zusammenarbeit mit dem Verband der Vereine Creditreform, Neuss, im November und Dezember 2002 durchgeführt hat.

Nachfrageerwartungen der einzelnen Dienstleistungsbranchen

	fallend	steigend
Technische Beratung/Planung	-15,8%	45,9%
Unternehmensberatung	-29,0%	45,6%
Forschung u. Entwicklung	-8,4%	40,3%
Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung	-6,9%	32,7%
EDV-Dienste und Vermietung	-12,9%	16,1%
Werbung	-14,4%	8,9%
IKT-Fachhandel	-14,9%	7,8%
Architekten	-60,7%	1,9%
Telekommunikationsdienstleistungen	-7,4%	0,8%

Lesehilfe: 1,9 Prozent der Architekten erwarten, dass sich die Nachfrage verbessern wird. Dagegen geben sich 60,7 Prozent der Architekten eher pessimistisch und glauben, dass die Nachfrage künftig zurückgeht.

Quelle: ZEW/Creditreform

■ An der vierteljährlichen Umfrage von ZEW und Creditreform beteiligten sich rund 1.200 Unternehmen. Der Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft setzt sich zusammen aus Informations- und Kommunikationstechnologie- (IKT-) Dienstleistern (Unternehmen der Branchen EDV-Dienste und -Vermietung, IKT-Fachhandel sowie Telekommunikationsdienste) und wissensintensiven Dienstleistern (Unternehmen der Branchen Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Architekturbüros, technische Beratung und Planung, Forschungs- und Entwicklung sowie Werbung).

Der positive Jahresausklang 2002 beschränkt sich auf die westdeutschen Dienstleister der Informationsgesellschaft. Sie wachsen im vierten Quartal

2002 mit 2,7 Prozent (drittes Quartal 2,0 Prozent). Die Lage der ostdeutschen Unternehmen hat sich im Vergleich zum dritten Quartal nicht verändert. Ihre Jahresumsatzwachstumsrate beträgt im vierten Quartal 2002 nur 0,2 Prozent.

IKT-Branchen wachsen stärker

Die traditionell wachstumsstärkeren IKT-Branchen erreichen mit einer Umsatzwachstumsrate von 3,2 Prozent wieder das Niveau des zweiten Quartals 2002 (drittes Quartal 2,2 Prozent). Die wissensintensiven Branchen wachsen mit einer jährliche Umsatzwachstumsrate von 1,0 Prozent (im dritten Quartal 0,8 Prozent). Den höchsten Anteil an Unternehmen, die ihren Umsatz im Vergleich zum dritten Quartal 2002 gesteigert

haben, weisen im vierten Quartal 2002 die Branchen Forschung und Entwicklung sowie EDV-Dienstleistungen und -Vermietung auf.

Die Dienstleister der Informationsgesellschaft rechnen nicht damit, dass die Stabilisierung des konjunkturellen Abschwungs schon die ersehnte konjunkturelle Wende ist. Da die gesamtwirtschaftliche Erholung weiter auf sich warten lässt, haben sie ihre Erwartungen bezüglich der nahen Zukunft nach unten korrigiert. Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen ist im vierten Quartal 2002 im Vergleich zum Vorquartal im Hinblick auf alle konjunkturellen Indikatoren (Umsatz, Ertrag, Nachfrage, Personal und Preise) gefallen.

Beschäftigungsabbau hält an

Auch der anhaltende Beschäftigungsrückgang bei den Dienstleistern der Informationsgesellschaft macht deutlich, dass die Unternehmen die momentane Umsatzstabilisierung nicht als Vorbote einer längerfristigen konjunkturellen Wende deuten. Mehr als die Hälfte des Umsatzes im Wirtschaftszweig wird im vierten Quartal 2002 von Unternehmen erwirtschaftet, die Personal eingespart haben (drittes Quartal 40 Prozent). Der Umsatzanteil der Unternehmen, die Personal eingestellt haben, beträgt nur noch rund 12 Prozent (drittes Quartal 30 Prozent). Für das erste Quartal 2003 erwarten Unternehmen mit einem Umsatzanteil von mehr als 40 Prozent, dass sie ihren Personalbestand weiterhin abbauen werden. ◀

Margit Vanberg, vanberg@zew.de

ZEW-Forschungsergebnisse

Qualitätsunterschiede sind bei der Studienortwahl ausschlaggebend

Eine aktuelle Studie des ZEW zeigt, dass Studenten der Wirtschaftswissenschaften bei der Studienortwahl in Deutschland ungeachtet der bestehenden Zulassungsbeschränkungen Qualitätsunterschiede zwischen den Hochschulen berücksichtigen. Sie schreiben sich bevorzugt an Hochschulen ein, die eine hohe wissenschaftliche Reputation genießen. Aber auch Faktoren wie die Mietpreise beeinflussen die Wahl des Studienorts.

■ Eine zentrale Rolle in der hochschulpolitischen Diskussion in Deutschland spielt die Frage nach einer Stärkung der Autonomie der Universitäten und eines stärkeren Wettbewerbs konkurrierender Fachbereiche. Ein solcher Wettbewerb um Studenten ist aber nur dann ein geeignetes Mittel zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des gesamten Hochschulsystems, wenn Studenten bei ihrer Entscheidung für eine Universität auch die gebotene Ausbildungsqualität berücksichtigen.

Vor diesem Hintergrund hat das ZEW am Beispiel der Wirtschaftswissenschaften untersucht, welche Faktoren die Verteilung der Studenten über die Hochschulen bestimmen. Als mögliche Einflussfaktoren wurden dabei die Ausbildungsqualität, Unterschiede in den Mietpreisen sowie ein Distanzmaß berücksichtigt, das die Entfernung der jeweiligen Hochschulstandorte von dem Bundesland abbildet, in dem die Studenten ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben.

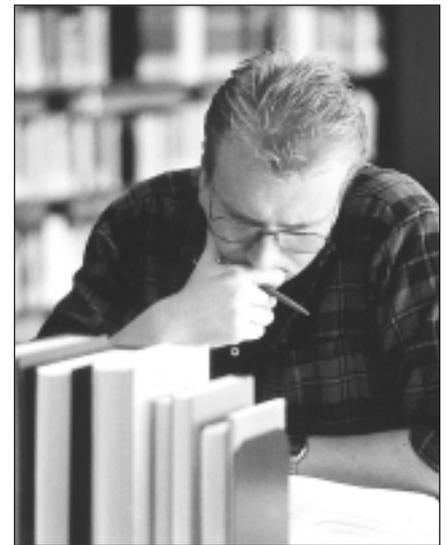
Zur Messung der Ausbildungsqualität an einzelnen Hochschulen wurden verschiedene Hochschulrankings verglichen. Dabei zeigte sich, dass die Beurteilung von Fachbereichen auf Basis von Umfragen bei Professoren einen signifikanten Erklärungsbeitrag für die Wahl des Studienorts liefert. Je besser die Reputation eines Fachbereichs unter Professoren, desto mehr Studenten schreiben sich an der entsprechenden Universität ein. Geht man davon aus, dass die Hochschullehrer eine korrekte Einschätzung von Qualitätsunterschieden zwischen den Fachbereichen haben, dann belegt die Studie, dass sich die Studenten bei der Hochschulwahl am Kriterium der Hochschulqualität orientieren. Diese

Sichtweise wird auch durch die Tatsache gestützt, dass die Studenten Fachbereiche bevorzugen, die erfolgreicher als andere Drittmittel einwerben. Da Drittmittel in der Regel nach einer Begutachtung durch Fachkollegen vergeben werden, ist ein enger Zusammenhang zwischen dem Einfluss von Drittmittelinwerbungen und dem Professorenurteil plausibel.

Andererseits zeigte sich, dass Hochschulranglisten, die auf der Befragung von vor Ort eingeschriebenen Studenten beruhen, zur Erklärung der Hochschulwahl nicht signifikant beitragen. Sie bieten Studenten offenbar kaum Orientierungshilfe bei der Hochschulwahl. Dies liegt auch daran, dass die Studenten meistens nur ihren eigenen Fachbereich beurteilen und ihn nicht mit anderen Fachbereichen vergleichen. Auf solchen Umfragen beruhende Ranglisten ergeben anscheinend kein tragfähiges Bild der an unterschiedlichen Fachbereichen gebotenen Ausbildungsqualität.

Studenten suchen Städte mit niedrigen Mieten

Die Studie belegt ferner, dass Studenten Hochschulen an Standorten mit vergleichsweise niedrigen Mieten bevorzugen. Außerdem richten sich die Studenten nach der Entfernung zwischen Hochschule und Heimatort. Je näher eine bestimmte Hochschule am Heimatort liegt, desto eher schreiben sie sich dort ein. Dieser Zusammenhang geht zum einen Teil auf den Einfluss der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) zurück, die de facto Zulassungen bevorzugt an solche Bewerber vergibt, die aus dem Einzugsgebiet einer Hochschule stammen. Zum anderen Teil beruht er darauf, dass die Studenten Kosten bei der



Hochschulwahl berücksichtigen, die mit der Distanz zwischen Heimatort und Studienort steigen.

Die Studie zeigt, dass die Befürworter von mehr Autonomie für die Hochschulen in Deutschland gute Argumente auf ihrer Seite haben. Die Studenten nehmen bereits heute und ungeachtet der bestehenden Zulassungsbeschränkungen an einer Abstimmung mit den Füßen über die Ausbildungsqualität an den Hochschulen teil. Diese Beobachtung unterstützt die Auffassung, dass ein stärkerer Wettbewerb zwischen den Hochschulen zu insgesamt besserer Qualität führen würde: Wenn Studenten sich nach der Qualität von Bildungsangeboten richten und qualitativ minderwertige Bildungsangebote weniger nachgefragt werden, könnte die öffentliche Hand ihre knappen finanziellen Mittel auf hochwertige Angebote konzentrieren. Mehr Autonomie für die Hochschulen würde somit einen Weg öffnen, deren Stellung im internationalen Vergleich zu verbessern. ◀

Johannes Rincke, rincke@zew.de

ZEW-Intern

Erfolgreiche Habilitation

Im Dezember 2002 hat PD Dr. Christoph Böhringer, Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“, das Habilitationsverfahren an der Universität Regensburg erfolgreich abgeschlossen. Ihm wurden die „Venia Legendi“ für Volkswirtschaftslehre und der Titel Privatdozent



verliehen. Er hat sich mit der Arbeit „Economics of Climate Change“ habilitiert.

Im ersten Teil der Habilitationsschrift wird das Kioto-Protokoll, welches als Durchbruch in der internationalen Klimaschutzpolitik gefeiert wurde, einer kritischen Analyse hinsichtlich der ökonomischen Effekte sowie der ökologischen Lenkungswirkung unterzogen. Der zweite Teil der Arbeit beschäftigt sich im Rahmen von intertemporalen Ramsey- und OLG-Modellen mit Effizienz- und Verteilungswirkungen langfristiger Klimaschutzstrategien. Im dritten Teil geht es bei der Bewertung von sektoral differenzierten Klimaschutzpolitiken insbesondere um die Frage, ob sich die in der Realität zu beobachtende Diskriminierung von Umweltsteuern zugunsten emissionsintensiver Industrien ökonomisch rationalisieren lässt.

Ruf an die Universität Göttingen

PD Dr. Robert Schwager, Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“, hat einen Ruf an die Universität Göttingen erhalten. Er wird dort voraussichtlich ab 1. April 2003 den Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Schwerpunkt Finanzwissenschaft, übernehmen.



ZEW-Neuerscheinungen

■ Discussion Papers

Beblo, Miriam; Wolf, Elke; Zwick, Thomas: *Erfolgsabhängige Vergütung: Ein sicherer Weg zur Steigerung der Leistung von Top-Managern?*, No. 02-72.

Audretsch, David B.; Keilbach, Max: *Entrepreneurship Capital and Economic Performance*, No. 02-76.

Fauchart, Emmanuelle; Keilbach, Max:

What Drives Market Structure? On the Relation Between Firm Demographic Processes, Firms' Innovative Behaviour and Market Structure, No. 02-77.

Fitzenberger, Bernd; Reize, Frank: *Quantilsregressionen der westdeutschen Verdienste: Ein Vergleich zwischen der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung und der IAB-Beschäftigtenstichprobe*, No. 02-79.

Vanberg, Margit A.: *Competition in the German Broadband Access Market*, No. 02-80.
Schäfer, Anne; Spengel, Christoph: *ICT and International Corporate Taxation: Tax Attributes and Scope of Taxation*, No. 02-81.
Engel, Dirk; Keilbach, Max: *Firm Level Implications of Early Stage Venture Capital Investment – An Empirical Investigation*, No. 02-82.

ZEW-Termine

■ Wirtschaftspolitik aus erster Hand

Prof. Dr. Peter Frankenberg, Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg, spricht zum Thema „Wie finanziert man Spitzenuniversitäten? Zukunftsfähige Modelle in Zeiten sinkender Staatseinnahmen“ am 12. Februar 2003 um 18.30 Uhr im ZEW-Gebäude, Mannheim.

Anmeldung: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Email voss@zew.de

■ Expertenseminare

Finanzmarkt-Ökonometrie, Teil 2: Fortgeschrittene Verfahren, 13.-14. Februar 2003, ZEW-Gebäude

Zugang zu Informationen über das EU-Recht – Schwerpunkt Umweltrecht, 18. Februar 2003, ZEW-Gebäude

Wissensmanagement, 20. Februar 2003, ZEW-Gebäude

Die Europäische Union, 20.-21. Februar 2003, ZEW-Gebäude

Presenting in English, 24.-25. Februar 2003, ZEW-Gebäude

Ökonometrie für Einsteiger, 24.-25. Februar 2003, in den Räumen des BDI, Breite Straße 29, 10178 Berlin

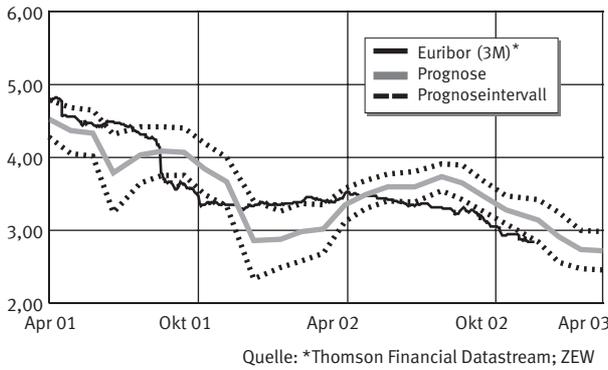
Internationalisierung der Rechnungslegung in Deutschland, 26. Februar 2003, ZEW-Gebäude

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden Sie auch auf den ZEW-Internetseiten unter www.zew.de

Wir senden Ihnen gerne das aktuelle ZEW-Seminarprogramm zu: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, Email pauli@zew.de

Daten und Fakten

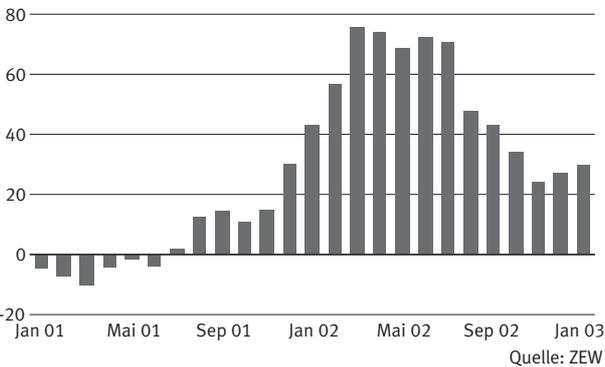
ZEW-Finanzmarkttest im Januar



Starker Euro beflügelt Zinssenkungserwartungen

Die Auswirkungen der EZB-Zinssenkung vom 5. Dezember auf die Zinserwartungen sind weitgehend verpufft. Im Januar rechnet wieder jeder zweite Experte mit einem Zinsschritt nach unten in den nächsten drei Monaten (Vormonat 29,2 Prozent). Daraus ergibt sich die Prognose eines weiteren 25-Basispunkte-Zinsschritts nach unten bis April. Diese schnelle Rückkehr der Erwartungen zur Situation vor dem Zinsschritt kann vor allem durch einen Blick auf den Devisenmarkt erklärt werden. Obwohl der Euro gegenüber dem Dollar in den letzten Wochen schon kräftig aufgewertet hat, erhält das Lager der Euro-Optimisten noch weiteren Zulauf. Jeder zweite Experte sieht eine Fortsetzung der Euro-Rallye.

Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de

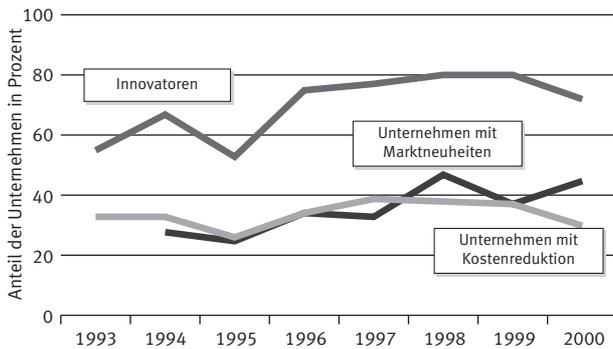


Stimmungsumschwung im Euroraum

Die Konjunkturaussichten für den Euroraum haben sich im Januar abermals leicht verbessern können, nachdem sie bereits im Dezember zum ersten Mal seit sechs Monaten gestiegen waren. Mit knapp 30 Punkten liegen sie weiterhin deutlich über dem Wert für Deutschland, der im Januar auf 14 Punkte gestiegen ist. Da vor allem das Geschehen auf den Finanzmärkten das Umfrageverhalten der befragten Analysten beeinflusst, scheint die Zinssenkung der Europäischen Zentralbank im Dezember für diesen Stimmungsumschwung mitverantwortlich gewesen zu sein. Zudem erwarten die Finanzexperten, dass sich die europäischen Aktienmärkte wieder stabilisieren.

Felix Hüfner, hufner@zew.de

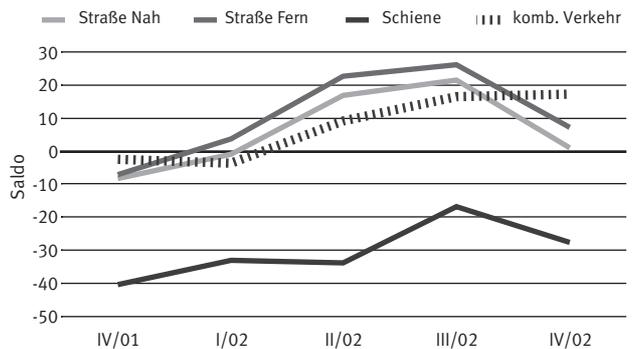
Chemische Industrie: Mehr Unternehmen mit Marktneuheiten



Der Rückgang der Innovationstätigkeit im verarbeitenden Gewerbe betraf vor allem die traditionell innovativen Branchen, so auch die chemische Industrie. In 2000 sank hier der Innovatorenanteil von 80 auf 72 Prozent. Damit liegt er aber immer noch deutlich über dem Durchschnitt des verarbeitenden Gewerbes insgesamt (62 Prozent). Dabei bringen deutlich mehr Innovatoren Marktneuheiten heraus als im Vorjahr. So stieg der Anteil der Chemie-Unternehmen mit Marktneuheiten 2002 um acht Prozentpunkte auf 45 Prozent. Einzig in der Branche Optik, Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik ist der Anteil an Unternehmen mit Marktneuheiten noch höher.

Tobias Schmidt, schmidt@zew.de

Im Jahr 2002 stagnierte der nationale Straßengüterverkehr



Nach der Krise des Transportgewerbes im vierten Quartal 2001 besserte sich ab Anfang 2002 die Stimmung. Optimistisch schätzten die Experten des GLS TransportmarktBarometers die Lage im Straßengüterverkehr ein. Zeitgleich entwickelte sich auch der Saldo aus positiven und negativen Antworten im kombinierten Verkehr und im unimodalen Schienengüterverkehr positiv, wobei der Saldo im Schienengüterverkehr auch 2002 stets deutlich im Minus blieb. Aufgrund der anhaltend schlechten wirtschaftlichen Lage mussten die Experten der Transportwirtschaft am Jahresende ihre positiven Einschätzungen allerdings auf das Niveau vom Jahresanfang revidieren.

Georg Bühler, buehler@zew.de



standpunkt

Politikberatung

Wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung wird von beiden Seiten, den Beratern und den zu Beratern, durchaus kontrovers gesehen und ist Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen nicht nur in der breiten Öffentlichkeit und im politischen Raum, sondern auch im wissenschaftlichen Schrifttum und auf wissenschaftlichen Veranstaltungen.

Das war wohl seit jeher so. Glaubwürdigen Berichten zufolge soll Bundeskanzler Adenauer seinem Wirtschaftsminister Erhard von der Einrichtung eines Sachverständigenrates mit der Begründung abgeraten haben, damit stehe die Regierung bei kritischen Einschätzungen ihrer Wirtschaftspolitik unter zusätzlichem und unliebsamem Rechtfertigungszwang. Zwar setzte sich Erhard durch, aber der Sachverständigenrat soll laut Gesetz keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen. Immerhin wird der Bundesregierung eine Stellungnahme zum Jahresgutachten des Sachverständigenrats auferlegt.

Diese Zwiespältigkeit gilt heutzutage ebenso. Einerseits gibt es eine Reihe von wissenschaftlichen Beiräten, sind Wissenschaftler in politisch hochrangigen Kommissionen vertreten und werden von der Politik wissenschaftliche Gutachten angefordert. Andererseits diskreditiert die Politik mitunter diese Wissenschaftler, indem sie ihnen schlicht die Kompetenz abspricht („Die wissen nicht, worüber sie reden“) oder ihre Ausführungen als „Professorengeschwätz“ abtut (wobei allerdings beide Äußerungen wenig später offiziell zurückgenommen wurden, wenn auch nicht notwendigerweise von denjenigen, die sie getan hatten).

Der Unmut auf Seiten der Wissenschaft wegen solcher Angriffe ist verständlich und unüberhörbar, zumal ein Teil dieser Beratungstätigkeit im Wesentlichen ehrenamtlich erfolgt. Ohnehin hält sich die Reputation wirtschaftspolitischer Berater in der wissenschaftlichen Profession häufig in Grenzen, manchmal bei denjenigen Kollegen, deren Sen-

dungsbewusstsein sich (noch) nicht in entsprechenden Fernsehinterviews und FAZ-Artikel umsetzen ließ.

Wie dem auch immer sein mag, es empfiehlt sich für die Profession, aber insbesondere für die wirtschaftspolitischen Berater, eine etwas heitere und selbstbewusste Gelassenheit. Wie die Erfahrung lehrt, erfordert wirtschaftspolitische Beratung sehr, sehr viel Geduld. Die Vorschläge werden oft erst einmal mehr oder weniger brüsk zurückgewiesen, aber viele von ihnen dringen bei ständiger Wiederholung, Jahr für Jahr, allmählich doch ins Bewusstsein der Politik und werden partiell umgesetzt. Rentenreform, Steuerreform, Abgeltungssteuer, Ladenöffnungszeiten oder Zertifikatehandel stellen – bei aller berechtigten Detailkritik – dafür Beispiele dar. Gewiss: Das alles beansprucht unsäglich viel Zeit, und häufig kann man sich kaum des Eindrucks erwehren, dass ein System erst fast vor die Wand fahren muss, bis endlich etwas geschieht. Aber: So aussichtslos wie bisweilen dargestellt ist die wissenschaftliche Politikberatung nun doch wieder nicht.

Gleichwohl: Wer glaubt, der Professorentitel reiche bereits, die Politik ob seiner Einlassungen in Ehrfurcht erstarren zu lassen, der irrt gewaltig und zu Recht. Dagegen sprechen bereits die teilweise unterschiedlichen, zugleich gut begründeten Positionen, die zu derselben Problemstellung vertreten werden. Und gibt es in unserer Profession nicht vielleicht doch den einen oder anderen Schwätzer? Schließlich: Die Forderung ist abwegig, die Vorschläge eines Gremiums müssten politisch „eins zu eins“ umgesetzt werden. Das Wahlvolk hat nicht über irgendwelche Kommissionen abgestimmt. Ob und inwieweit deren Vorschläge realisiert werden, ist Sache des Gesetzgebers.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung: mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

Druck: Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher